



*Self-Demolition in Silwan, Ostjerusalem. Palästinenser*innen, die eine Abrissanordnung von Israel erhalten, entscheiden sich oft dafür ihre Häuser selbst abzureissen, da es billiger kommt, als wenn die israelischen Behörden den Abriss ausführen. Foto: EAPPI-WCC 2018*

Mit Advocacy und Vernetzung die Menschen aus der Ferne unterstützen

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie konnten keine internationale Menschenrechtsbeobachtende nach Palästina/Israel ins EAPPI-Programm entsandt werden. Trotzdem hat das Jerusalem-Büro alle Hände voll zu tun. Zum Beispiel wurden Advocacy-Kampagnen initiiert, um international auf das Geschehen in Palästina/Israel aufmerksam zu machen. Wir haben den Local Programme Coordinator von EAPPI, Jack Munayer, zu seiner Arbeit befragt.

Für PWS: Sarah Slan, Programmkoordinatorin Palästina/Israel (EAPPI)

PWS: Die Corona-Pandemie hat auch Palästina und Israel hart getroffen. Wie sieht die jetzige Situation aus und wie hat die Pandemie die Menschenrechtslage vor Ort beeinflusst?

Jack Munayer: Israel konnte in den letzten Monaten eine dritte Impfung für seine Bürger*innen sichern, während in Palästina erst rund ein Viertel der Bevölkerung zwei Mal geimpft ist. Die grösste Debatte während der Pandemie drehte sich um die Frage nach der Verpflichtung Israels, Impfstoff für die palästinensische Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Nach der 4. Genfer Konvention ist Israel als Besatzungsmacht für das Wohlergehen und die

medizinische Versorgung der Bevölkerung unter Besatzung verantwortlich. Besorgniserregend war auch, dass während der Pandemie, die Zerstörung von palästinensischen Häusern und Infrastruktur um rund ein Drittel zugenommen hat. Tausende Palästinenser*innen konnten sich gar nicht mehr zu Hause isolieren.

*PWS: Seit März 2020 hat das EAPPI-Programm keine internationalen Menschenrechtsbeobachter*innen mehr vor Ort. Was machte das EAPPI-Büro in dieser Zeit?*

JM: Die Abwesenheit der Menschenrechtsbeobachter*innen erschwerte es uns, die Qualität der Informationen aus den Gemeinschaften beizubehalten. Zudem leiden die am meisten gefährdeten Gemeinschaften, mit denen wir arbeiten, sehr unter der fehlenden Schutzpräsenz. Das Jerusalem-Büro ist deshalb bemüht, mit den Gemeinschaften in direktem Kontakt zu bleiben und sie, wenn möglich, zu besuchen. So zeigen wir Solidarität, können etwas Schutz bieten und bekommen Informationen aus erster Hand.

Aktuelle Informationen zu PWS und der Menschenrechtsarbeit in den Projektländern finden Sie auf unserer Webseite (peacewatch.ch) und unseren Blogs zu Honduras (peacewatch.blog) und zu Palästina/Israel (eappiswitzerland.wordpress.com).

Ein anderer wichtiger Fokus unserer Arbeit war schon immer, den Stimmen der Menschen vor Ort durch unsere Advocacy-Arbeit Gehör zu verschaffen. Dies ist nun zu unserem zentralen Anliegen geworden. Wir starteten eine Reihe von Advocacy-Kampagnen und unterstützen unsere Partner*innen dabei, sich auf bestimmte Anliegen zu konzentrieren. Unsere Olivenernte-Kampagne und unsere Oster-Initiative sind Beispiele erfolgreicher Bemühungen, die Hunderttausende von Menschen erreichten. Wir nutzen dabei diverse Technologien und erstellen Infografiken, Webinare, Videos, usw., um verschiedene Zielgruppen aktiv anzusprechen. Zurzeit konzentrieren wir uns auf die Krise in den Ostjerusalemern Vierteln Sheikh Jarrah und Silwan. Vielen palästinensischen Familien droht dort die Vertreibung durch Räumung oder Abriss der Häuser, in denen sie leben, u.a. weil Organisationen israelischer Siedler*innen, oft gestützt vom israelischen Staat, einige der Häuser zu übernehmen versuchen. Diese Ereignisse haben auch die landesweite Gewalteskalation vom Mai dieses Jahres ausgelöst.

PWS: Was sind die grössten Herausforderungen für dich und das Team in Jerusalem?

JM: Eine grosse Herausforderung besteht darin, das Interesse der Menschen für die grösseren Anliegen von Palästina/Israel zu wecken. Covid-19 hat, verständlicherweise, die Aufmerksamkeit aller stark in Anspruch genommen. Doch die Ungerechtigkeiten, die hier geschehen, haben im Windschatten der Pandemie weiter zugenommen. Das beste Beispiel dafür ist, dass die israelische Regierung das Jordantal und einen grossen Teil des C-Gebietes¹ der West Bank während des Höhepunkts der Pandemie zu annektieren versucht hat. Wenn wir die Geschehnisse in Israel und Palästina aus den Augen verlieren, gibt es einige, die dies ausnutzen. Dem wirken wir entgegen, indem wir alle Organisationen und Institutionen, mit denen wir zusammenarbeiten, möglichst stark miteinbeziehen und sie laufend informieren. Bei einigen Themen, wie zum Beispiel beim Thema Annexion, konnten wir so die Quantität und Qualität unseres Engagements steigern. Wir haben vermehrt lokale Stimmen in



Jack Munayer ist seit 2019 der Local Programme Coordinator von EAPPI in Jerusalem. Jack ist in Jerusalem als Sohn einer britischen Mutter und eines palästinensisch-christlichen Vaters aufgewachsen. Er hat einen BA in Soziologie und Kriminologie und einen MA in Menschenrechte und Transitional Justice. Foto: Leonard Walpot

unsere Webinare, Pressemitteilungen, usw. einbezogen und konnten Brücken schlagen zwischen denjenigen, die sich auf internationaler Ebene engagieren, und denjenigen, die unter der Besetzung leiden.

PWS: Wie können wir uns aus der Ferne für einen gerechten Frieden in Palästina/Israel und gegen die Besetzung engagieren?

JM: Es ist äusserst wertvoll, wenn Menschen das EAPPI-Programm und Initiativen mit ähnlichen Zielen weiterhin unterstützen. Wenn unsere Arbeit vollständig verschwindet, können die Folgen

sehr ernst sein. Damit das Geschehen in Israel/Palästina nicht vergessen geht, müssen wir uns auch fortlaufend damit auseinandersetzen und engagiert bleiben: Advocacy, Aufklärungsarbeit, Diskussionen sind deshalb eminent wichtig. Die Besetzung wird nicht so bald verschwinden und es wird uns alle brauchen, um eine Veränderung herbeizuführen.

Ostjerusalem-Initiative

Mit der Ostjerusalem-Initiative des ÖRK² begleitet EAPPI aus der Ferne Familien, die von Zwangsräumungen und Vertreibung bedroht sind. Die globale Öffentlichkeit wird auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht und über Geschichte, Kontext und gesetzliche Regulierungen vor Ort informiert. Die Initiative appelliert auch an die israelische Regierung, die Zwangsräumungen in Ostjerusalem unverzüglich einzustellen und sich an das internationale Völkerrecht zu halten. Weitere Infos: <https://www.oikoumene.org/de/news/east-jerusalem-initiative-accompanying-families-facing- eviction-and-displacement>

¹ Die West Bank wurde mit den Osloer Verträgen Anfang der 1990er in drei Gebiete aufgeteilt: Das A-Gebiet (18%) steht unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung, das B-Gebiet (20%) unter palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung, das C-Gebiet (62%) unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung.

² Das Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) ist ein Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK). PWS hat die operative Verantwortung für die Umsetzung in der Schweiz.